

# **Gedenkstunde des Landtages und der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Opfer des Nationalsozialismus**

**Magdeburg, 27. Januar 2020**

**Gedenkrede Prof. em. Dr. Moshe Zimmermann, Israel**

**Autorisierte Fassung**

Frau Landtagspräsidentin Brakebusch  
Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff  
Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt  
Mitglieder der Landesregierung  
Vertreter der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt

Ich stehe vor Ihnen nicht als israelischer Jude mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern als Historiker, der mit Ihnen einige Gedanken austauschen möchte, die sich aus seiner Forschungstätigkeit ergeben.

Die bekannte Parole lautet: „Nie wieder!“ Aber: Nie wieder was? Nie wieder Auschwitz? Zu banal, zu selbstverständlich. So selbstverständlich, dass sich die Diskussion darüber erübrigt. Menschen, die auf eine Wiederholung von Auschwitz für wen auch immer hoffen oder Auschwitz von gestern leugnen, befinden sich jenseits von gut und böse, sind somit nicht „satisfaktionsfähig“.

Am 27. Januar, am Tag der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz 1945, soll sich deshalb der Blick auf den gewundenen Weg (the twisted road) nach Auschwitz richten, und zwar nicht aus der Auschwitz Retrospektive, sondern aus der als herausfordernde Perspektive des „Wehret den Anfängen!“. Denn auch wenn der Weg zu einem anderen Ende geführt hätte, wäre die Mahnung „Nie wieder“ seit dem ersten Schritt am Platze. Man denke nur, z.B., an das Attentat vom 9. November 1939, von Georg Elser verübt. Wäre ein erfolgreicher Versuch, Hitler vor Beginn des Massenmordes zu töten, Grund genug um einer Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Juden oder mit anderen Aspekten der NS-Gewaltherrschaft bis dato auszuweichen? Die Antwort ist klar: Es geht um den Weg, und bereits die ersten Abschnitte dieses Weges, nach 1933 und auch vor 1933, gehören der Gattung „Nie wieder“!

Der Weg hätte nicht in Auschwitz enden müssen, aber jeder neue Schritt, jede neue Phase, an und für sich bereits das absolute „No-No“, barg in sich das Potenzial, auch zur Vorstufe der nächsten Radikalisierung zu werden. Von dem Moment an, wo eine Menschengruppe als „Problem“ oder „Frage“ konstruiert wird, in einer Gesellschaft die mit „Problemen“ und „Fragen“ nicht leben kann, sondern unbedingt und systematisch Lösungen sucht, ist der Weg für „Lösungen“ jenseits des „Nahziels“, also auch eine „Endlösung“, offen. Wer A sagt, muss auch B sagen – ist ein bekannter Spruch. Wer nicht, wie Bert Brecht, diese Logik durchbricht (Zitat) „Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass

A falsch war“, der kann am Ende bei Z landen, in unserem Fall bei Auschwitz, vor allem weil der Prozess meist schleichend verläuft und das Gefälle nicht steil, deswegen nicht klar sichtbar, ist. Um das zu verhindern soll am besten bereits A vermieden werden. „Wehret den Anfängen“.

Konzentrieren werde ich mich im Folgenden auf das Schicksal der deutschen Juden, der Juden, die Deutsche waren, die die längste Erfahrung mit dem Nationalsozialismus hatten, und bereits vor dem Krieg unter Nazi Herrschaft gelitten haben. Das, wohlwissend, dass die deutschen Juden, die Juden des sogenannten Altreichs, zur Zeit der Machtübernahme durch Hitler nicht mehr als 1% der deutschen Bevölkerung und 4% der europäischen Juden waren, und dass die Mehrheit der von den Deutschen und ihrer Verbündeten ermordeten Juden keine deutsche Juden waren.

1.

Der erste Schritt, die erste Station, auf diesem Weg, auf diesem Gefälle, hat indirekt auch mit Magdeburg zu tun: In der Johanniskirche in Magdeburg wurde genau vor 200 Jahren, am 5. Dezember 1819 Wilhelm Marr getauft. 60 Jahre später, im Jahr 1879, erfand Wilhelm Marr den Begriff Antisemitismus, gründete die Antisemitenliga und wurde zum „Patriarch des Antisemitismus“. Er hat nicht die Judenfeindschaft erfunden – die gab es seit der biblischen Zeit. Er gab jedoch der alten, eher religiös begründeten Feindschaft nicht nur einen neuen Namen, sondern eine moderne Form: Für ihn und für die zum Antisemitismus hinzugezogenen Menschen ging es nicht (oder nicht primär) um Juden vs. Christen, sondern um Juden vs. Germanen, um die Rasse, nicht um die Religion.

Die Errungenschaft der sich säkularisierenden Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert, zwischen Staat und Kirche trennen zu können, und somit den Weg für die Emanzipation und Integration der Juden geebnet zu haben, sollte nach dem Wunsch der Antisemiten zunichte gemacht werden. Darum ging es: Von nun an sollte die Emanzipation der Juden rückgängig gemacht werden, die Diskriminierung dieser Gruppe, die bereits als Teil der deutschen Nation und des deutschen Volkes galt, vorgenommen und gerechtfertigt werden. Hier wurde die Zugehörigkeit zum Staat und zur Nation – und das galt nicht nur für Deutschland – nicht auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Staatsbürgers oder seiner Verfassungstreue bestimmt, sondern auf der Grundlage seiner ethnischen Herkunft. Zum Maßstab für Inklusion und Exklusion wurde das Konstrukt der Rasse. Die Mahnung „Nie Wieder“ und „Wehret den Anfängen“ gilt bereits dieser Einstellung.

2.

Solang der Antisemitismus latent, oder nicht aggressiv bleibt, scheint er, wie andere Vorurteile, ungefährlich zu sein. Doch der Schein trügt. Gesellschaften, die mit Problemen konfrontiert sind, tendieren solche latente Vorurteile zwecks Lösung des Problems zu aktivieren: Vor 150 Jahren sah sich die industrialisierte, modernisierte Gesellschaft, mit der „sozialen Frage“ konfrontiert. Wer die soziale Frage nicht im Sinne des Sozialismus oder des Liberalismus wahrnehmen wollte, konnte aufgrund der Gleichsetzung der sozialen Frage mit der „Judenfrage“ Lösungsvorschläge anbieten. Die sich seit 1879 antisemitisch nennende, jüdenfeindliche Ideologie tat eben das. Es war ein Uni Professor, nicht ein ungebildeter Spießbürger, der dann die Parole losposaunte „Die Juden sind unser Unglück“. Politische Parteien griffen diese Parole auf, um ihr Vorurteil in Politik umsetzen zu können.

Das war die zweiten Station.

Doch bis zur Umsetzung des Antisemitismus in Politik in Deutschland, verlief der Weg nicht kurvenarm. Vor dem ersten Weltkrieg erreichten in Deutschland die Parteien, die den Antisemitismus zum Programm gemacht hatten, nie mehr als 4%. Sie hätten die 5% Hürde, die es in der Bundesrepublik gibt, nicht geschafft. Doch das Debakel der antisemitischen Parteien, wie es ein amerikanischer Historiker genannt hat, bedeutete nicht, dass die Gefahr gebannt war.

Der Historiker George Mosse, hat die paradoxe des Weges so auf den Punkt gebracht: „Hätte man 1913 den Leuten gefragt: Können sie sich vorstellen, dass innerhalb einer Generation es zur Ermordung der europäischen Juden kommt? Da wäre – so Mosse – die Antwort wahrscheinlich: Ja, das ist vorstellbar, da man nie weiss, was die Franzosen vorhaben“. Im Nachhinein wissen wir - die sogenannte ‚Endlösung‘ beruhte nicht auf eine französische, sondern auf eine deutsche Initiative. Wir wissen andererseits auch, weshalb man sich eine radikale antisemitische Politik die von Frankreich ausgehen wird, seinerzeit vorstellen konnte – die Dreyfus Affäre, die bis kurz vor dem 1. Weltkrieg, die Gemüter bewegte, zeigte, wie man ein Vorurteil in Politik verwandeln kann.

Auch nach dem 1. Weltkrieg schien die Politik in Deutschland, oder besser: Die Weimarer Verfassung, eher die Integration der Juden und ihre Gleichberechtigung zu fördern. Schaut man im Vergleich zu Deutschland auf den Antisemitismus in anderen Ländern, in Polen, Rumänien, Ungarn, auch Frankreich und den USA, so schien eine aus Deutschland ausgehende Katastrophe weniger wahrscheinlich. Die Warnung „Nie wieder“ gilt in der Retrospektive vor wie nach dem 1. Weltkrieg also weltweit, denn das Potenzial der Radikalisierung lag nicht nur in einer Gesellschaft explosiv.

Um das, was zu wehren war und ist, zu illustrieren, kann uns Magdeburg ein gutes Beispiel geben. Es geht um die Affäre, die dank des nach dem 2WK gedrehten Film *Die Affäre Blum*, bekannt wurde: Aufgrund nur eines antisemitischen Vorurteils – denn Beweise gab es nicht - haben im Jahr 1926 Polizei und Justiz einen Juden Namen Rudolf Haas des Mordes an seinen Buchhalter beschuldigt und lange inhaftiert. Juden können ihre Steuer Betrügereien auch bis hin zum Mord treiben, dachten die Entscheidungsträger. Am Ende kam die Wahrheit an das Ta geslicht, und trotzdem erübrigt sich die Mahnung „nie wieder“ bereits für diese Phase in der Entwicklung des Antisemitismus keineswegs. Wenn Justiz und Polizei blind auf einem Auge sind, befindet man sich eben auf dem Weg, den man nicht beschreiten darf.

3.

Wir wissen selbstverständlich Bescheid, dass der Weg nach Auschwitz von Deutschland aus ging. Wohl gemerkt: Die Anfängen, die nicht abgewehrt waren, die gab es auch anderswo. Doch die Erklärung für die unterschiedliche Fortentwicklung leitet der Historiker vom spezifischen Zusammenhang des politischen und sozialen Geschehens ab. Es war eine Krise, die sogenannte Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, der 1. Weltkrieg, die den nächsten Schritt vorbereitet hatte. Der englisch-jüdische Historiker Sir Lewis Namier meinte dazu: „Hätte Deutschland den Weltkrieg gewonnen und Frankreich ihn verloren, hätten wir nicht den Namen Hitler kennengelernt sondern Paul Déroulède oder Charles Maurras.“ Um den nächsten Schritt machen zu wollen war eine neue Anregung, besser – ein neuer Vorwand

notwendig. Der psychologische Effekt der Niederlage, die verlorene militärische Ehre, war nach dem totalen Krieg 1914-8 besonders groß und die Suche nach dem Sündenbock unvermeidbar. Wie oft suchte man nach dem „inneren Feind“, nach dem „trojanischen Pferd“ als Sündenbock an – und da bot sich „der Jude“, der „Sozi“, am besten der jüdische Sozi oder Bolschewik optimal an.

Es war keine präzedenzlose Situation: Ein Schock, eine Katastrophe rufen eine besonders starke Reaktion hervor und setzen latente Kräfte wuchtig frei. Und auch das ist nicht präzedenzlos oder einmalig: In dieser Situation suchen Revisionisten oder Populisten in der Regel nach einem Ersatz für komplexe, oft unbequeme Erklärungen und Kausal-Zusammenhänge – also eine simplistische oberflächlich einleuchtende Erklärung aus einem vertrauten Arsenal der Vorurteile. So ging es auch in der deutschen Gesellschaft nach dem 1. Weltkrieg und in der darauffolgenden Ära der Wirtschaftskrisen und der Not. Ängste wurden geschürt, und die verängstigte Gesellschaft wurde noch empfänglicher für die kurzschlüssigen Lösungsvorschläge. Das besondere, das jetzt hinzu kam, war die Tatsache, dass eine Partei, die diesen Kurzschluss zur Ideologie machte, an die Macht kommen konnte, weil die Mehrheit dieser Denkweise zugestimmt hatte oder mindestens nicht für abwegig hielt.

Spätestens hier wäre die Zeit, „Nie Wieder!“ zu rufen.

4.

Mit einer rassistischen und antisemitischen Partei als Regierungspartei war der Weg offen für den nächsten Schritt – eine gezielte Politik der Entrechtung der zum Sündenbock auserwählte Gruppe von Menschen, von Staatsbürgern. Wer aber die Geschichte der Entrechtung verfolgt erkennt dabei 2 Hauptmerkmale:

1. Der Druck kommt nicht unbedingt „von oben“, von der Regierung, vom Gesetz, sondern meist umgekehrt – das Gesetz passt sich taktisch an den Druck von unten. Hitler hatte Gespür dafür, was außenpolitisch und vor allem innenpolitisch machbar ist.
2. Und 2.: Die Maßnahmen der Entrechtung wurden stets als Gegenmaßnahme dargestellt und gerechtfertigt – die „Provokation“ geht immer vom Opfer aus.

Um den ersten Punkt zu veranschaulichen - ein Beispiel aus dem Bereich des Sports. Noch bevor es zu einer von „oben“ verlangten Regelung gegenüber jüdische Sportler kam, ergriffen die Nicht-jüdischen Mitglieder der Vereine die Initiative und verlangten die „Arisierung“ der Vereine, also den Ausschluss der Juden aus dem Verein. Dass es nicht um eine Bagatelle ging zeigt die Reaktion der deutschen Tennis-Meisterin Nelly Neppach – sie nahm sich das Leben, als sie aus ihrem Verein ausgeschlossen wurde.

Um den zweiten Punkt zu illustrieren – 4 markante Beispiele:

- Der „Juden-Boykott“ am 1. April 1933 war von der neuen NS-Regierung als Vergeltung für die angeblich von Juden im Ausland sich verbreitete „Greuelpropaganda“.
- Die Nürnberger Gesetze 1935 wurden u.A. als Reaktion auf eine Provokation (das Herunterreißen der Hakenkreuzflagge von Dampfer „Bremen“ im New Yorker Hafen) dargestellt. Ein der Nürnberger Gesetze verbot Juden in Deutschland nämlich, als Vergeltung, die deutsche Flagge zu hissen.

- Und die Pogromnacht am 9 November 1938, auch die wurde als Reaktion, als Vergeltung dargestellt: „Die“ Juden haben nämlich einen deutschen Diplomaten ermordet. Ergo der Ausbruch des „Volkszorns“

Ein entscheidender Meilenstein fand drei Tage nach dem Pogrom statt. Ein Treffen, an dem Minister, hohe Beamte und Vertreter der Polizei teilgenommen haben, ein Treffen, das zu wenig Beachtung fand, auch in der „Vergangenheitsbewältigungsarbeit“. Es geht mir hier um die Dynamik der Ausgrenzung, um den Weg, und es geht auch um die Sprache der Täter. Auch wenn die während der Sitzung besprochenen „Lösungsvorschläge“ noch nicht die radikalsten waren, war die Sprache bereits so verroht, brutal, vulgär, dass die extremeren „Lösungen“ ohne Schwierigkeit bei geeigneter Gelegenheit – darauf komme ich später zu sprechen - folgen konnten.

An der Sitzung, unter Vorsitz von Hermann Göring, nahmen 7 Reichsminister teil (anders als in der anrühigen Wannsee-Konferenz 3 Jahre später, wo die erste Riege nicht präsent war) und debattierten die „Lösung der Judenfrage“ auf einer Art, die man eher am Kneipenstammtisch erwartet. (Und hier gab es, anders als für die Wannsee Konferenz, ein stenographisches Protokoll). Aus dem Protokoll möchte ich einige Sätze zitieren:

Als das Thema „Juden im Bahnverkehr“ besprochen wurde erlaubte sich Hermann Göring die folgende Bemerkung: *„-(im Zug)--ich würde den Juden einen Wagen oder ein Abteil geben.Und wenn es wirklich jemals so wäre---daß der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so , da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt“*

Und beim Thema „Juden in der Schule“ meinte Goebbels: *„Ich halte es für ausgeschlossen, daß mein Junge neben einem Juden im deutschen Gymnasium sitzt und deutschen Geschichtsunterricht erteilt bekommt. Ich halte es für notwendig, daß die Juden absolut aus den deutschen Schulen entfernt werden“*

Als die Idee der Ghettoisierung der Juden in Deutschland aufkam, sagte Heydrich: *„Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden aber Tausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann.*

*...würde ich weiter vorschlagen... daß man Führerscheine den Juden entzieht, daß der Jude nicht Eigentümer von Kraftwagen sein darf, daß er aber auch nicht fahren darf, weil er damit deutsches Leben gefährden kann“*

Besonders grob äußerte sich der Finanzminister Schwerin von Krosigk, einer der erst seit einem Jahr Parteigenosse war: *„Wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland, ----muß das Ziel sein...heraus, was herausgebracht werden kann“.* Herausbringen!

Dazu Göring: *„Er (hitler) will auch den anderen Staaten sagen ,was redet ihr immer von den Juden – nehmt sie!“*

Und hier befindet sich auch der Zusammenhang zwischen Krieg und Radikalisierung, Krieg und „Lösung“:

Göring: „Wenn das deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allerersten Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen“.

Etwa 2 Monate später, am 25.1.39 schreibt der „Judenreferent“ des AA, Emil Schumburg, in einem Rundschreiben: „Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat“.

Hitler fasste einige Tage später, am 30.1.39, zusammen: „Wenn es dem Internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“

Der Spruch: à la guerre comme à la guerre birgt in sich die Überwindung jeder Hemmschwelle bei der Implementierung von Lösungen der Probleme, die man konstruiert hat.

Was mich zum 4ten Beispiel für die Taktik der judenpolitik“ bringt, wo die Maßnahmen gegen Juden als Vergeltung dargestellt sind – die Einführung des „Judensterns“ und die Entscheidung, die Juden aus Deutschland zu deportieren: Die Broschüre einer jüdischen Randfigur in den USA, mit dem Titel „Germany must Perish“ galt für die NS Propaganda als eine Provokation, die diese Vergeltungsmaßnahme rechtfertigte.

Weil schleichend, schien die über Jahre dauernde „Kummulative Radikalisierung“ (um mit Hans Mommsen zu sprechen) nicht dramatisch zu sein. Wenn der prozess nur schleichend voran kommt, passt man nicht rechtzeitig auf.

5.

Die Frage, die man sich immer wieder stellen muss: Haben wir aus dieser Erfahrung die richtigen Lehren gezogen?

Für die Deutschen sprechend antwortete Bundespräsident Steinmeier In Jerusalem letzte Woche so: "Ich wünschte sagen zu können: Unser Erinnern hat uns gegen das Böse immun gemacht", aber nein, sagte er "Die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr antisemitisches, ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Antwort für die Zukunft, als neue Lösung für die Probleme unserer Zeit." Gerne würde er feststellen, dass alle Deutschen aus der Geschichte gelernt hätten. (Once and for all) "Aber das kann ich nicht sagen", so der Bundespräsident.

Wird hier aber nur die deutsche Geschichte und Gegenwart erzählt, die nur für die Deutschen relevant ist? Als Historiker und als Beobachter muss man feststellen, dass aller Welt Adressat der Auseinandersetzung mit dieser Geschichte ist, denn es geht um das ubiquitäre menschliche Verhalten und um die Universalgeschichte.

Die Schlussfolgerung „Nie wieder“ gilt auch für Israelis, und nicht nur aus der Opfer-Perspektive.

Die Dynamik, die ich kurz skizziert habe, kann sich wiederholen. Deswegen gedenken wir den 27 Januar im erweiterten historischen Kontext, und so bleibt die Warnung „Nie wieder!“ stets zeitgemäß. Als Garantie für das „Wehren der Anfängen“ von Katastrophen, oder bereits um nicht auf dem falschen Weg der Katastrophe zu geraten, bleiben uns das

kritische Denken, die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Würde, der Freiheit und der Gleichheit des Menschen, und die feste Verankerung dieser Überzeugung in der gesellschaftlichen Ordnung.

\*\*\*\*\*